

Axel Troost/Rudolf Hickel/Norbert Reuter (Hrsg.)

Soziale Kipppunkte, bedrohte Existenzen, wachsende Armut

Alternativen zu Geldentwertung
und Kaufkraftverlusten

VSA:



Axel Troost/Rudolf Hickel/Norbert Reuter (Hrsg.)
Soziale Kipppunkte, bedrohte Existenzen, wachsende Armut
Alternativen zu Geldentwertung und Kaufkraftverlusten

Axel Troost (1.9.1954–6.1.2023)



Axel Troost/Rudolf Hickel/Norbert Reuter (Hrsg.)

**Soziale Kipppunkte,
bedrohte Existenzen,
wachsende Armut**

Alternativen zu Geldentwertung
und Kaufkraftverlusten

Die Drucklegung wurde finanziell unterstützt
durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

© VSA: Verlag Hamburg GmbH, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Annette Riedl (picture alliance/dpa)

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-96488-175-5

Inhalt

Rudolf Hickel/Norbert Reuter	
Vorwort	7
Axel Troost	
Das Leben wird teurer – was tun?	11
Rudolf Hickel	
Geldpolitik beschleunigt sozial-ökonomischen Kipppunkt	23
Aktuelle und längerfristige Entwicklung der Inflation	
Mechthild Schrooten	
Politische Ökonomie und Armut	39
Joachim Bischoff/Bernhard Müller	
Sozialökologische Transformation und Ungleichheit	49
Eva Völpel	
Verschärfte Verteilungskrise und blockierte Umverteilung	67
Die sozialen Folgen der Inflation sind verheerend – zugleich droht in Deutschland und Europa eine neue Runde der Sparpolitik	
Norbert Reuter	
Inflation auf Rekordniveau	79
Tarifpolitik vor großen Herausforderungen	
Joachim Rock	
Inflation und Soziale Infrastruktur	93
Heute am Abgrund, morgen schon einen Schritt weiter?	
Andreas Aust	
Existenzminimum gesichert?	103
Zur Entwicklung der Grundsicherungsleistungen in der Inflation	
Christoph Butterwegge	
Bürgergeld und Kindergrundsicherung – Abschaffung oder Abmilderung von Hartz IV?	119
Marius J. Brey	
Inflation: Eine Gefahr für die Demokratie	139
Autorinnen und Autoren	155

Rudolf Hickel/Norbert Reuter

Vorwort

In Deutschland hatte man sich lange Zeit an sehr niedrige Inflationsraten gewöhnt. Tatsächlich muss man schon bis ins Jahr 1973 zurückgehen, um eine jährliche Inflationsrate von mehr als 7% zu finden. Ansonsten lagen die Inflationsraten in der Regel unterhalb von 2%. In einzelnen Jahren drohte sogar eine Deflation, also ein Fallen des Preisniveaus mit unabsehbar negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Insofern markierte der Anstieg der Inflationsraten, die ab Anfang 2021 Monat für Monat zu verzeichnen waren, eine deutliche Wende in der Inflationsentwicklung, die mit 8,8% im Oktober und November 2022 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte. Axel Troost hatte die sozialen Gefahren dieser Entwicklung früh erkannt. Ihn trieb um, dass diese in Politik und Gesellschaft aber viel zu wenig bewusst sind und daher keine notwendigen bzw. ausreichenden Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Seine Sorge hinsichtlich der Geringschätzung des Themas traf zusammen mit ähnlichen Überlegungen des VSA: Verlags. Um diesem Mangel etwas entgegenzusetzen, wurde in gemeinsamen Gesprächen die Idee zu einem aufklärenden Sammelband geboren. Schnell war auch der Titel klar: Es sollte um »Soziale Kippunkte, bedrohte Existenzen, wachsende Armut. Alternativen zu Geldentwertung und Kaufkraftverlusten« gehen. Axel Troost spielte mit dem Begriff der »sozialen Kippunkte« auf bedrohliche »Tipping points« durch die Klimakatastrophe an. Beispiele für ökologisch irreversible Bedrohungen der Menschheit sind das Sterben des Amazonas Regenwaldes oder das Abschmelzen des antarktischen Eisschildes.

In einem ersten Entwurf zum Vorwort hatte Axel Troost geschrieben: »Diese inflationären Entwicklungen bedrohen soziale Existenzen und den erkämpften Wohlstand. Mehr als 600.000 Ruheständler beziehen weniger als 1.000 Euro Rente im Monat. Zwei Drittel der ›Tafeln‹ haben inzwischen einen Aufnahmestopp gemeldet, die übrigen müssen die Lebensmittelausgabe strecken, sodass Bedürftige weniger bekommen. Die Gewerkschaften wollen über hohe Tarifabschlüsse die Preissteigerungen ausgleichen, denn es ist die ureigenste Aufgabe der Interessenvertretung der Beschäftigten, dass dauerhaft steigende Preise durch dauerhaft wirksame Tariflohnsteigerungen kompensiert werden. Um zu einer Entlastung unterer Einkommen zu gelangen, muss zudem für eine Senkung der Preise durch staatliche Eingriffe in die Preispolitik, die Abschöpfung von Übergewinnen und Regulierung der Finanzmärkte zur Eindämmung der Spekulation – insbesondere in den Bereichen Energie, Mobilität, Miete und Lebensmittel – gekämpft werden.«

Leider konnte Axel Troost dieses Projekt, das ihm sehr am Herzen lag, nicht mehr abschließen. Am 11. Dezember 2022 schickte er noch eine Mail an die Autor*innen mit Hinweisen zu den Manuskripten »für unser Buch« und der Information, dass er nun »erstmal in den nächsten Tagen« im Krankenhaus festgehalten würde. Die Mail endete mit dem Satz »Unser Buchprojekt ist dadurch aber in keinerlei Hinsicht gefährdet« und abschließenden »Herzliche(n) Grüßen aus der Anstalt«. Axel Troost ist dann plötzlich und völlig unerwartet am 6. Januar 2023 gestorben.

Axel Troost war im besten Sinne ein moderner linker Polit-Ökonom. Gegenüber der oftmals mit herrschenden Interessen verknüpften neoliberalen »Mainstream Economics« ging es ihm um eine Wissenschaft, die einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft dient. Gegen die Praxis gestanzter linker Gewissheiten hat er seine Theorie des Kapitalismus empirisch fundiert und den realen Verhältnissen angemessen selbständig weiterentwickelt. Diese dialogische Offenheit brachte ihm auch viel Anerkennung vom politischen Gegenüber ein – nicht zuletzt in seiner langjährigen Funktion als Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE (2005-2017 und 2021).

Wissenschaftlich und politisch wirksam hinterlässt Axel Troost bedeutende Erkenntnisse und nachwirkende Erfolge:

- Bereits in seiner Dissertation über die ökonomisch-fiskalischen Grundlagen der Staatsverschuldung hat er seiner Zeit weit voraus die Weichen der Kritik an der Schuldenbremse gestellt.
- An der Universität Bremen war er maßgeblich im Forschungsprojekt zur Reform des Finanzsystems des föderalen Bundesstaates aktiv. Dieses Thema griff er als Bundestagsabgeordneter in den Kommissionen »Föderalismusreform I und II« zur verfassungsrechtlichen Umgestaltung der Finanzordnung wieder auf.
- Er hatte einen bedeutenden Einfluss auf die Umsetzung einiger Regulierungen auf den Finanzmärkten nach dem Beinahezusammenbruch des Finanzsystems 2008/2009. Als Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat er sich für einen stärkeren Verbraucherschutz sowie die Bändigung der komplett unverantwortlich eingesetzten Macht der Banken eingesetzt.
- Nach dem Ende seines Bundestagsmandats und seiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE brachte er seine wissenschaftliche Kompetenz als »Senior Fellow« für Wirtschafts- und Europapolitik in die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein.

Besonders groß ist sein Verdienst als Geschäftsführer, Organisator und Spiritus Rector der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe), die seit 1977 in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht. In dem Zusammen-

hang ist auch sein Engagement als kritischer wirtschaftswissenschaftlicher Berater zu erwähnen, u.a. durch die Gründung des »Progress-Instituts für Wirtschaftsforschung (PIW)«.

Axel Troost war bei aller wissenschaftlichen und theoretischen Kompetenz auch immer ein politischer Akteur. Hier sticht v.a. sein Engagement bei der Gründung der »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« im Jahr 2005 hervor. Seit der Fusion der WASG mit der Linkspartei PDS zur Partei DIE LINKE gehörte er dem Bundesvorstand der Partei an. Von 2005 bis 2007 war er Landessprecher im Landesverband Bremen und, nachdem er nach Leipzig gezogen war, von 2009 bis 2011 Mitglied des Landesvorstandes in Sachsen. Im Juni 2012 wurde Axel Troost zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE gewählt und blieb es bis zum Parteitag im Februar 2021, als er satzungsgemäß nicht erneut für dieses Amt kandidierte. Die Delegierten wählten ihn in den Parteivorstand, dem er bis zum Juni 2022 angehörte.

Von 2005 bis 2021 war Axel Troost für DIE LINKE als finanzpolitischer Sprecher Mitglied des Deutschen Bundestages, zeitweilig als einer ihrer Parlamentarischen Geschäftsführer. Und »weil wir Konzepte für eine Politik ›links der Mitte‹ brauchen«, wie er auf seiner Website notierte, engagierte er sich bis zum Schluss als einer der fünf Vorstandssprecher*innen des »Institut Solidarische Moderne (ISM)«, das über Parteigrenzen hinweg konkrete politische Alternativen zum Neoliberalismus zur Diskussion stellt.

Vor diesem Hintergrund war es für die Herausgeber selbstverständlich, dass das von Axel Troost angestoßene und schon weit vorangetriebene Buchprojekt zu den »sozialen Kippunkten« nach seinem Tod unbedingt erscheinen muss. Die Herausgeber danken den Autor*innen dieses Bandes ganz herzlich, dass sie dies mit ihren Beiträgen ermöglicht haben. Der VSA: Verlag verdient große Anerkennung für die umfassende Unterstützung bei der Realisierung dieser Publikation. Dank des VSA: Verlags konnte auch ein YouTube-Vortrag von Axel Troost unter dem Titel »Das Leben wird teurer – was tun?« transkribiert werden – ergänzt durch ein kurzes Interview zur importierten Inflation. Dadurch kommt er in diesem Sammelband auch selbst zu Wort.

Mögen die Beiträge, die die Ursachen und die Herausforderungen durch die »sozialen Kippunkte« aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten und vielfältige politische Maßnahmen einfordern, nicht nur dazu beitragen, dass die sozial bedrohlichen Folgen der hohen Inflation stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Angeregt werden sollen auch politisch wirksame Maßnahmen, die der durch die Inflation ausgelösten weiteren sozialen Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirken.

Nichts Anderes hat sich Axel Troost gewünscht.

Axel Troost

Das Leben wird teurer – was tun?

Über Inflation, Geld, Zinsen, Zentralbank und Ähnlichem wird viel geredet. Aus meiner Sicht oft viel Falsches. Seit 2010 hatten wir ein zwar nicht sehr hohes, aber dennoch stetiges wirtschaftliches Wachstum, das mit Beginn der Corona-Krise 2020 jäh eingebrochen ist. Zwar nahm es 2021 wieder zu, jedoch wurde das Vorkrisen-Niveau nicht erreicht. Seit Anfang/Mitte 2022 haben wir es mit einer Stagnation zu tun, die ggf. im Jahr 2023 zu einer veritablen Rezession führen könnte.

Wenn wir uns nun den Inflationsverlauf (siehe die Abb. 1 auf der folgenden Seite) anschauen, hatten wir seit 2016 eine durchaus gewünschte Entwicklung, nämlich Preissteigerungen um die 2%, mit einer Tendenz zur Deflation. Im Verlauf der Corona-Krise und der daraus resultierenden Maßnahmen erreichte die Inflation im Jahr 2021 ein neues Niveau. Und nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine erleben wir eine Explosion der Inflation, die jetzt bei einer Größenordnung von ungefähr 7–10% liegt, wobei niemand genau weiß, wie es mit der Entwicklung weitergehen wird.

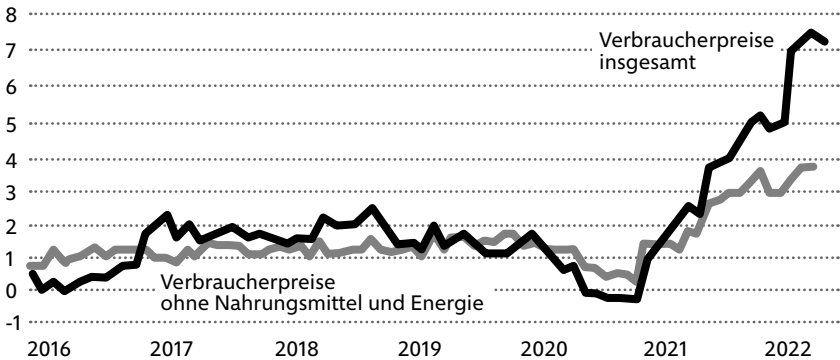
Inflations-Ursachen

Woher kommt die Inflation? Ist die Geldpolitik und die EZB schuld? Ist diese Entwicklung ein globales Phänomen? Wer leidet darunter? Bleibt es ein dauerhafter Zustand? Ist die Dämpfung der Konjunktur durch Zinserhöhungen ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung? Sind die Steuervorschläge von Finanzminister Lindner geeignete Maßnahmen? Und welche Alternativen gibt es? Zu den Ursachen der Inflation führe ich im Folgenden in eher ungewöhnlichen Bezeichnungen mehrere Faktoren an.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die redaktionell bearbeitete und stark gekürzte Fassung eines Vortrags, den Axel Troost am 27. September 2022 auf einer hybriden Veranstaltung in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Rhein-Erft gehalten hat. Die Veranstaltung wurde auf Video mitgeschnitten und kann noch auf seiner Website (www.axel-troost.de/de/article/10506.das-leben-wird-teurer-was-tun.html) und bzw. dem YouTube-Kanal der LINKEN. Rhein-Erft- (www.youtube.com/watch?v=S9JkoBTDJel) angeschaut werden. Das anschließend abgedruckte Interview aus »Politische Berichte« (Ausgabe 5-2022; online unter www.linkekritik.de; die Fragen stellte Christoph Cornides) bezieht sich auf diesen Vortrag (Anm. der Herausgeber).

Abb. 1: Entwicklung der Verbraucherpreise

Veränderungen zum Vorjahresmonat in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der erste und häufig zu hörende ist: Wir haben eine *Geld-flation*. Danach würde die Niedrigzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB), die über Jahre hinweg verfolgt wurde, sowie der Ankauf von Anleihen dazu führen, dass alles in Liquidität »schwimmt« und in Inflation mündet. Diese Argumentation, die auch bei einigen Linken ankommt, ist von Grund auf falsch.

Richtig ist, dass die lockere Geldpolitik schon zu so etwas wie einer Vermögenspreis-inflation geführt hat. Diejenigen, die bereits über viel Geld verfügten, haben mithilfe billiger Kredite in Aktien und insbesondere in Immobilien investiert. Allerdings ist dies nicht in die allgemeine Preissteigerungsrate für Haushalte eingegangen. Da die EZB im Jahr 2022 massiv die Zinswende eingeleitet hat, müssen wir davon ausgehen, dass die Zinsen steigen werden.

Was aber können steigende Zinsen bewirken? Sie können bewirken, dass Investitionen deutlich teurer werden und weniger investiert wird. Sie können bedeuten, dass weniger Wohnungen und Häuser gebaut werden, weil es sich möglicherweise nicht mehr lohnt. Und es kann bedeuten, dass die Zinsausgaben der öffentlichen Hände massiv steigen werden. Wenn eine solche Geldpolitik wirklich durchgezogen wird, könnte das zwar auf eine Rezession hinauslaufen, aber mit noch so hohen Zinsen bekommt man keine Preissenkung im Bereich Energie und bei den Gaslieferungen hin. Insofern ist das insgesamt eine falsche Strategie, von der man die Finger lassen sollte.

Ein zweiter Faktor, der mit dem ersten in Zusammenhang steht, ist die *Wechselkurs-flation*. In der Tat haben wir seit einem Jahr eine massive Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um mehr als 10% – wir lagen ungefähr bei 1 Euro zu 1,10 US-Dollar und liegen jetzt bei einem Verhältnis

unter 1 zu 1. Das bedeutet, dass die Importe deutlich teurer geworden sind und die Exporte billiger. Alle in US-Dollar gehandelten Importe sind entsprechend teurer geworden, was im weiteren Verlauf noch zu einem weit-aus größeren Problem werden kann.

Ein Argument der EZB für die Zinserhöhung lautet, dass das gemacht werden muss, da auch die amerikanische Zentralbank (FED) massiv ihre Zinsen erhöht. Die Zinserhöhung der FED hat zur Folge, dass es im Dollar-Raum mehr Geld gibt und Kapital aus Europa dorthin abfließt. Dies wiederum hat eine weitere Abwertung des Euro zur Folge. Diese Argumentation ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Jedoch sollte man wissen, dass die Zinspolitik der USA einen anderen Hintergrund hat. Dort geht es nicht um eine importierte Inflation, sondern um eine Inflation wegen hoher Auslastung durch die von Präsident Biden angeschobenen Investitionsprogramme, die durch Zinserhöhungen gestoppt werden soll.

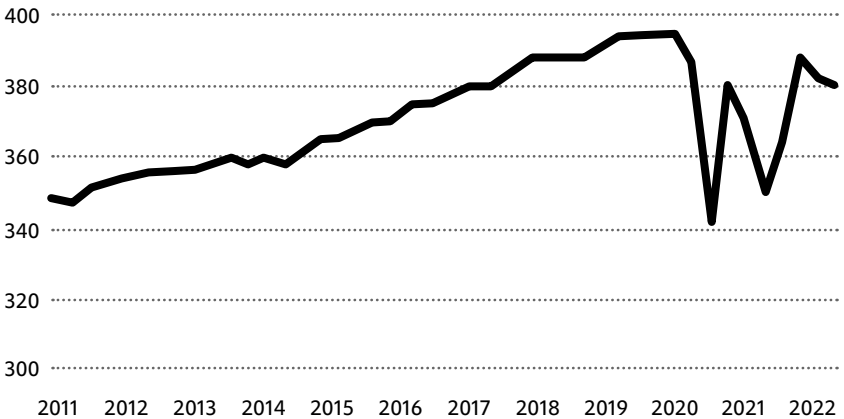
Weitere Faktoren, die die Inflation steigen lassen, sind die *Klima-flation* und die damit einhergehende *Faire-Preise-flation*. Die Effekte dieser Faktoren sind allerdings von uns durchaus gewollt. Sie sind die Konsequenz der Bekämpfung von Billigst-Standorten und Kinderarbeit. Und sie sind ein Nachweis, dass das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wirklich zieht, mit der Folge von Preissteigerungen für bestimmte Produkte. Und wir haben natürlich Zug um Zug auch Kosten des ökologischen Umbaus. Es ist völlig klar, dass hier mit großen Milliardenbeträgen Investitionen getätigt werden müssen, nicht nur im Energiebereich, sondern auch in den Bereichen Stahl, Chemie, Automobil und in vielen weiteren. Diese Investitionen werden zu zusätzlichen Kosten führen, welche tendenziell preissteigernd wirken. Das spielt aktuell noch keine allzu große Rolle, aber man sollte nicht so tun, als ob diese Faktoren in Zukunft nicht auch wirken werden.

Wirkungsstark ist ebenfalls die *Green-flation*, die politisch gewollt ist. Hierbei handelt es sich um durch die Politik verursachte Preissteigerungen insbesondere durch die CO₂-Abgabe und die CO₂-Bepreisung. Ich bin ein entschiedener Anhänger dieser Maßnahmen, weil sie zeigen, dass man durchaus mit Preisen steuern kann. Allerdings nicht mit solchen verrückten Preisentwicklungen, wie wir sie jetzt sehen. Angestrebt waren steigende Preise für Energie, die aber mit einem Klimabonus ausgeglichen werden müssten, etwa dadurch, dass die unteren 50% der Einkommensbezieher*innen Rückerstattungen erhalten. Auch die Aussetzungen einer Erhöhung der CO₂-Bepreisung kann ich mir vorstellen, denn wir liegen jetzt bereits weit über den Preisen, die wir mit der CO₂-Bepreisung bekommen hätten. Green-flation gibt es und sie zeigt auch ihre Wirkungen.

Manche sprechen von so etwas wie einer *Nachfrage-flation*, einer Art Übernachfrage. Wenn wir uns allerdings die Konsumausgaben als den größ-

Abb. 2: Konsumausgaben privater Haushalte

in Mrd. Euro; saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Eurostat

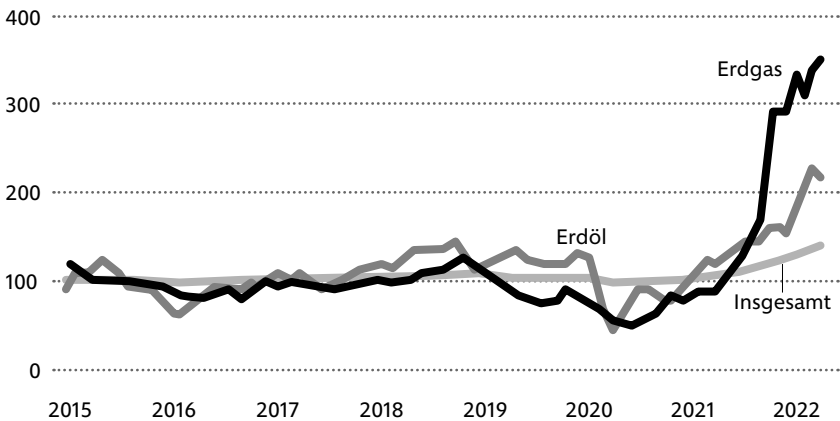
ten Teil des inländischen Verbrauchs ansehen (siehe Abb. 2), stellen wir fest, dass man hier überhaupt nicht von einer Nachfragersteigerung sprechen kann. Im Gegenteil: Wir liegen weit unter dem Niveau, das noch vor Beginn der Corona-Krise erreicht wurde. Von einem Überkonsum kann überhaupt keine Rede sein, was im Übrigen auch für die Investitionen gilt.

Es gibt im Bereich der Bauwirtschaft Kapazitätsengpässe, die mit Arbeitskräftemangel, wohlgerneht nicht unbedingt Fachkräftemangel, zusammenhängen. Wenn man den ökologischen Umbau dauerhaft angehen will, braucht man die Bauwirtschaft ganz zentral, und hier muss eine Stärkung der Kapazitäten erreicht werden. Gleiches gilt für den Wohnungsbau, wenn mindestens 400.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr geschaffen werden sollen.

Natürlich wirken sich Zinssteigerungen bei hoher Inflation auf Investitionen aus. Das beträfe auch den sozial-ökologischen Umbau, der mit einem Investitionsvolumen von ca. 700 bis 800 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren auf den Weg gebracht werden müsste, die über Kredite finanziert werden. Und jede Verteuerung von Krediten wirkt sich auch dämpfend auf die Investitionen aus. Zwar spielt die Nachfrage-inflation bisher keine große Rolle, aber dennoch muss man sie zumindest mitberücksichtigen.

Nun aber zu den Haupteinflussfaktoren der gegenwärtigen Inflation. Der erste Faktor ist die *Lieferketten-inflation*. Sie ist die Ursache für den deutlichen Anstieg der Preise bereits ab dem Jahr 2021. Durch die Corona-Maßnahmen, insbesondere in China, aber auch weltweit, hatten wir eine Störung der glo-

Abb. 3: Index der Einfuhrpreise insgesamt und für Öl und Gas
2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt

balen Handelsketten, auch ein im Suezkanal querliegendes Schiff hat Lieferketten unterbrochen und die Güter kamen nicht an. Jetzt erleben wir das allerdings in einer ganz anderen Dimension, denn inzwischen können bestimmte Produkte überhaupt nicht mehr geliefert werden, weil sie nicht vorhanden sind. In der Automobil-Branche musste die Produktion zum Teil stillgelegt werden, weil elektronische Module und anderes fehlen.

Hier sehen wir den erheblichen Einfluss der Lieferketten, was enorme Preissteigerungen zur Folge hat. Darüber hinaus ist mit dauerhaft wirkenden Konsequenzen zu rechnen, wenn immer mehr Unternehmen sich z.B. von täglichen Lieferungen aus China oder anderen Ländern unabhängig machen wollen, was zu steigenden Kosten führen wird, wenn etwa die Lagerwirtschaft in Deutschland ausgebaut werden soll. Auch das wird tendenziell einen gewissen Inflationseffekt haben. Insofern spielen die Lieferketten eine große Rolle und man muss davon ausgehen, dass dieser Effekt nicht von heute auf morgen wieder verschwindet.

Betrachten wir nun einen weiteren starken Einflussfaktor auf die Inflationsentwicklung, die *Fossil- und Rohstoff-flation*. Dieser zeigt sich insbesondere in den Folgen des russischen Krieges, war aber bereits vorher zu beobachten. Wir haben eine Preisentwicklung im Bereich Gas, Öl (siehe Abb. 3) und auch Weizen, die gigantisch ist. Bereits von 2021 auf 2022 stiegen die Preise, besonders aber dann im Verlauf des Jahres 2022 mit Beginn des Krieges. Hinzu kommen beispielsweise Embargos, die sicherlich Russland, aber eben auch uns massiv belasten.

Insofern ist aus meiner Sicht das beste Anti-Inflationsprogramm das Ende des Krieges. Aber auch da sollte man nicht naiv sein, denn es ist nicht sehr vorteilhaft, wenn nur Deutschland wieder seine Gaslieferungen aus Russland zulässt und alle anderen Länder außen vor bleiben. Es muss eine gesamteuropäische Lösung gefunden werden. Insofern glaube ich nicht, dass wir so ohne weiteres wieder in eine Situation wie vor dem Krieg zurückkommen. Daher wird uns der gigantische Anstieg der Verbraucherpreise vorläufig erhalten bleiben, denn die Gas- und Ölpreisentwicklung sowie die Lieferketten sind die Haupttreiber der Preisentwicklungen.

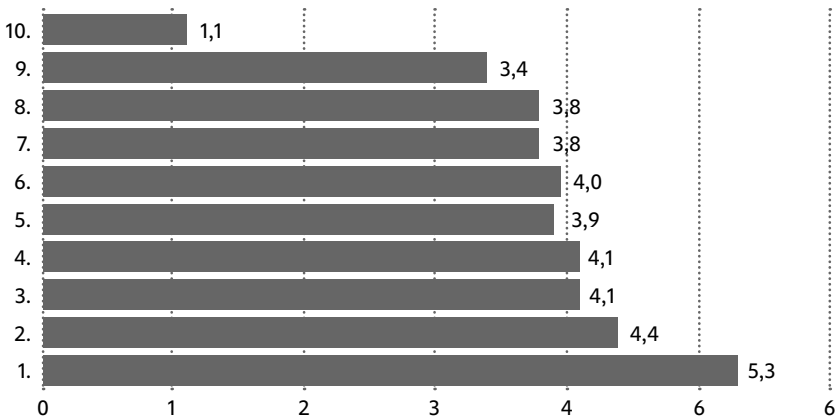
Neben diesen Haupttreibern gibt es noch weitere Einflüsse, etwa die, wie ich sie nenne, *Gier-flation*. Wir haben preistreibende Spekulationsgeschäfte mit Waren auf den Finanzmärkten, eine Abkopplung der Realwirtschaft vom Finanzsystem, wie beispielweise bei den Derivaten und »Futures«, gegen die viel entschiedener vorgegangen werden muss. Dass das auch möglich ist, ohne gleich den Kapitalismus abzuschaffen, zeigt das Beispiel Japan, die für ihr Hauptnahrungsmittel Reis »Futures«-Geschäfte an den Warenterminbörsen ausgeschlossen haben. Es gibt die *Gier-flation*, auch wenn sie nicht der Hauptgrund der rasanten Preisentwicklungen ist.

Und ein letzter Faktor ist die *Lohn-flation*. Die Beschäftigten sind die großen Verlierer der momentanen Entwicklung. Wir sehen einen deutlichen Reallohnrückgang im Jahr 2022. Die Tariferhöhungen, die jetzt durchgesetzt werden können, werden nicht in vollem Umfang alle Inflationseffekte ausgleichen. Aber natürlich werden zur Kompensation der Preissteigerungen durch Öl, Gas und anderes die Löhne in Bereichen steigen, wo es keine direkten Effekte durch Preissteigerungen von Zulieferungsgütern gibt, die damit auch die Gesamtkosten erhöhen. Und auch der von uns politisch gewollte Anstieg der Mindestlöhne wird Kosten und z.B. auch die Preise bei Friseuren erhöhen. Das ist eine logische Konsequenz unserer Forderung nach dem Ende des Niedriglohnssektors.

Zusammenfassend lassen sich die Elemente der Inflationsentwicklung wie folgt formulieren: Wir haben keinen allgemeinen Preisanstieg aber eine Ausstrahlung auf die Endprodukte. Es gibt Bereiche, in denen nach wie vor eine hohe Produktionsnachfrage vorhanden, jedoch die Zulieferung reduziert ist, etwa bei den elektronischen Halbleitern. Wir haben kein Problem im Bereich der Geldpolitik und der EZB. Wir haben keinen allgemeinen Nachfrageüberhang. Und wir haben keinen Lohndruck. Sondern wir haben als zentrale Problemfelder die Störung der globalen Handelsketten und massive Preissteigerungen bei den zentralen Rohstoffen Energie und Nahrungsmittel. Es ist völlig klar, dass diese höheren Energiepreise Zug um Zug in die Gesamterzeugerpreise einfließen und dann weitergegeben werden.

Abb. 4: Belastung durch die Inflation 2022

nach Einkommensdezilen in %



Privathaushalte nach bedarfsgewichtetem Nettohaushaltseinkommen

Quelle: Statistisches Bundesamt und Bundesbank

Wer ist betroffen? Was bringen die Entlastungspakte?

Wie wirkt sich das insgesamt aus? Welche Bereiche und vor allem wer ist in erster Linie betroffen? Klar ist, dass Energie und Nahrungsmittel führend sind, was grundsätzlich jeden trifft, allerdings die untersten zehn Prozent am stärksten (siehe Abb. 4). Aber auch alle nachfolgenden Gruppen haben erhebliche Preissteigerungen zu tragen. Lediglich das aller oberste Zehntel hat nahezu keine Auswirkungen hinzunehmen, da hier die Sparquote sehr hoch ist.

Wie sind vor diesem Hintergrund die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungspakete zu beurteilen? Insbesondere um das letzte Entlastungspaket wurde viel Wind gemacht, hier halte ich mich an Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, der sagt, dass die Ankündigung von Wohngeld sicherlich zu begrüßen ist, aber längst nicht ausreicht. Zudem müsse im kommunalen Bereich mehr Geld in die Hand genommen und vor allem mehr qualifiziertes Personal eingestellt werden.

Ich sehe zudem keinerlei zielgerichtete Hilfen für die unteren Bereiche. Die Peinlichkeit, dass Rentner*innen und Studierende vergessen wurden, ist behoben, aber die 300 € für alle Rentner*innen und die 200 € für alle Studierenden sind für diejenigen von denen, die besondere Entlastung nötig hätten, völlig unzureichend. Letzteres gilt vor allem für diejenigen, die Hartz-4 beziehen. Ab dem 1. Januar 2023 gibt es den Systemwechsel zum Bürgergeld

und danach gerade mal 53 € mehr – als Inflationsausgleich für das Jahr 2022 und gleichzeitig Vorgriff auf das Jahr 2023, in dem es keine weiteren Erhöhungen geben wird. Insofern fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband zu Recht eine Anhebung der Regelsätze um monatlich 200 €.

Zur Gesamtbewertung der Entlastungspakete kann ich nur sagen: Prinzip Gießkanne und in keiner Weise fokussiert. Wir sind an einen Kipppunkt für die unteren 30–40% der Gesellschaft angekommen, die sich in der Tat fragen, ob sie mit ihrem Leben überhaupt noch zurechtkommen – und zwar nicht nur die im Niedriglohnsektor. Sie sind konfrontiert mit massiven Vorauszahlungen von Mietnebenkosten und sehen auch an anderen Stellen die Preise für sich davonlaufen. Die unteren 40% sind immerhin ca. 28 Millionen Menschen, die aufgrund ihrer Zukunftssorgen zwar nicht alle sofort rechtsradikal werden und die AfD wählen, aber sie werden sich zunehmend abkoppeln von »denen da oben« und von »denen« im Bundestag, egal welcher Partei. Deshalb müssen wir in der politischen Auseinandersetzung einen Fokus auf die Bezahlbarkeit des Lebens legen, uns für die Ärmsten einsetzen, auch dafür, dass mittlere Einkommensgruppen nicht bald zu ihnen gehören werden. Hierfür bedarf es konkreter Vorschläge, wir müssen sie präzisieren und zeigen, dass es Lösungen gibt, wie man der Entwicklung entgegenwirken kann.

Was tun?

Ich sehe sechs Punkte, auf die wir uns konzentrieren sollten:

- **Erstens:** Wir brauchen kostengünstige Grundkontingente für Strom und Gas. Diese Kontingente sollten angepasst sein an die Wohnungsgröße und an die Personenzahl, was auch mit Einspareffekten verbunden sein sollte. Es reicht allerdings nicht aus, dies nur für die privaten Haushalte einzuführen, sondern hier müssten große Teile der kleinen und mittelständischen Wirtschaft einbezogen werden. Und auch für energieintensive Unternehmen müssen Lösungen entwickelt werden – in Verbindung mit Eigentumsrechten und entsprechenden Bürgschaften.
- **Zweitens:** Wir brauchen zeitnah einen Inflationsausgleich, bzw. -zuschuss als Direktzahlung. Aber es reicht nicht aus, auf einmalige Zahlungen zu setzen, erforderlich sind dauerhafte monatliche Erhöhungen von Sozialleistungen, Renten, Bafög etc. und die Ausweitung des Wohngeldbezuges.
- **Drittens:** Wir brauchen attraktive Preise für einen überregionalen öffentlichen Personennahverkehr. Mit dem 9-Euro-Ticket ist sichtbar geworden, dass es ein großes Mobilitätsbedürfnis gibt.
- **Viertens:** Wir müssen auch gegen die steigenden und hohen Benzinpreise etwas tun, insbesondere für Pendler – ohne die ungerechte Pendlerpau-

schale. Sinnvoll wäre etwa ein einkommensunabhängiges Mobilitätsgeld für alle Pendler*innen, unabhängig vom Verkehrsmittel.

- Fünftens: Wir benötigen ordentliche und vor allem tabellenwirksame Lohn- und Gehaltssteigerungen und nicht nur Einmalzahlungen.
- Sechstens müssen wir die Diskussion um die Einführung einer Übergewinnsteuer führen. Hier wurde in Bremen bereits ein Konzept von der Finanzsenatorin entwickelt, was vom Bremer Senat in den Bundesrat eingebracht wurde und im Finanzausschuss sogar eine Mehrheit fand. Letztlich scheiterte sie im Bundesrat, obwohl Länder wie Hamburg mitgestimmt haben. Inzwischen liegt eine Studie vom Netzwerk Steuergerechtigkeit vor, die zu dem Ergebnis kommt, dass man unter Umständen bis zu 100 Milliarden Steuern einnehmen könnte.

Allerdings wäre insbesondere der letzte Punkt eine Maßnahme, die erst langfristig greift. Aktuell aber sind kurzfristige Maßnahmen notwendig. Der einzige Weg, den ich aktuell sehe, ist die Aussetzung der Schuldenbremse. Es müssen dafür keine komplexen Änderungen der Verfassung vorgenommen und keine komplizierten Wege beschritten werden. Das Geld muss in einen Tilgungsfond eingezahlt werden, der dann verwendet wird, um die Schulden zu begleichen. In Angriff genommen werden kann die Rückzahlung dann in 50 oder 100 Jahren.

Noch einfacher wird die Schuldenaufnahme bei konjunkturellen Schwächen, da dies unter diesen Umständen ohnehin geschehen darf. Ausdrücklich mit einbezogen sind hier die Länder, die entsprechend ihrem Bedarf an der Kofinanzierung beteiligt werden. Wenn sie Unternehmenshilfen leisten wollen, wenn sie den Nahverkehr finanzieren wollen, wenn sie ihre kommunalen Unternehmen, also ihre Kommunen, erst mal vor den hohen Energiekosten schützen wollen, müssen sie Geld zur Verfügung stellen. Das kann nicht alles vom Bund kommen und insofern ist die Aussetzung der Schuldenbremse ein praktikabler Weg. Man benötigt für die Finanzierung kein Sondervermögen, die Aussetzung der Schuldenbremse reichte völlig aus.

»Eine importierte Inflation«

Politische Berichte: In deinem Vortrag erläuterst du u.a., warum die aktuelle Inflation eine »importierte Inflation« vor allem durch sinkende Zulieferungen ist (insbesondere Energieprodukte und Rohstoffe). Für alle gleich geltende Regelungen erreichen diejenigen nicht, die vor allem die Entlastungen brauchen. Was sind deiner Meinung nach die größten, auch strukturellen Fehler der Entlastungspakete und was sind die wichtigsten Gegenforderungen?

Axel Troost: Bei einer importierten Inflation dieses Ausmaßes ist ein Einkommensausgleich für alle Einkommensschichten gigantisch teuer. Es besteht deshalb die Notwendigkeit, sich auf die untere Hälfte der Einkommenspyramide zu begrenzen und dann auch nochmals auf die Ärmsten 15 bis 25% besonders zu konzentrieren. In diesem Sinne ist bis Anfang Oktober praktisch noch nichts geschehen. Die Entwicklung war seit Juli vorhersehbar, aber die Menschen in Not werden mindestens bis Dezember in Unsicherheit und Not gehalten. Notwendig sind für die privaten Haushalte neben der Energiepreispbremse direkte dauerhafte Zahlungen an die untersten Einkommens- und Rentenbezieher*innen, eine Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket (z.B. das 29-Euro-Ticket in Berlin) und die Umwandlung der Pendlerpauschale in ein einkommens- und verkehrsmittelunabhängiges Mobilitätsgeld. Außerdem benötigen wir sofort Maßnahmen zur Rettung von klein- und mittelständigen Betrieben und Freiberuflern, die die hohen Energiekosten nicht in den Preisen weiterwälzen können.

So wie es aussieht, ist die Gasumlage gekippt. Auch die Ampelkoalition nähert sich inzwischen einem »Preis-Deckel« für alle Haushalte. Ziel müsste ein Grundkontingent u.a. an Gas und Strom sein, das durch staatliche Zuschüsse an die Energielieferanten gegen die laufenden Energiemarktpreise reduziert wird. Welche Chancen einer sozial orientierten Durchsetzung siehst du?

Auch hier muss es Lösungen geben, die insbesondere die unteren Einkommensschichten schützen. Die Formel »80% für alle sind preisgedeckt und danach zahlen alle die neuen hohen Preise« ist eine Umverteilungsformel für die Besserverdienenden. Wenn zwei Personen in einer 150-qm-Wohnung wohnen, können sie leicht ein Zimmer vorübergehend leer stehen lassen. Vier Personen in der 70-qm-Wohnung können dies nicht.

Die sogenannte Zeitenwende wird – so ist zu befürchten – eine seit Jahrzehnten nicht mehr erlebte Verschlechterung der Lebensverhältnisse herbeiführen. Die Gewerkschaften führen einen Kampf gegen Reallohnsenkungen. Was bedeutet das aktuell für den Kampf um Lohnsteigerungen, also um den Nominallohn?

Wir werden in den Jahren 2022 und 2023 in nahezu allen Branchen eine Realeinkommensenkung bekommen. Nur ganz wenige Gruppen werden Nettolohnerhöhungen im Umfang der Inflationsrate erzielen können. Umso wichtiger ist es, dass durch staatliche Maßnahmen nicht nur die Transfereinkommensbezieher*innen sondern auch Beschäftigte mit unterdurchschnittlichen Verdiensten Ausgleichszahlungen erhalten. In diesem Zusammenhang ein wichtiger Hinweis: Manche Arbeitgeber argumentieren, dass die extrem hohen Inflationsraten ja nur 2022 vorhanden sind. Sie plädieren daher für »Einmalzahlungen« und dann gehe es 2023 wieder mit normalen Gehaltssteigerungen weiter. Das ist natürlich ökonomisch eine »vergiftete« Argumentation. Wenn nach 8% Inflation in 2022 im nächsten Jahr nur noch eine Inflation von 4% kommt, dann kommen diese 4% auf die 8% gestiegenen Preis von 2022 obendrauf. Bei einer Einmalzahlung in 2022 werden dann in 2023 Gehaltssteigerungen auf das Gehaltsniveau von 2021 verhandelt.

Dass auf dem derzeit deregulierten Energiemarkt die Energiepreis sich nach dem am teuersten produzierten Energieprodukt »regulieren«, führt bekanntlich dazu, dass bei allen preiswerter produzierenden Energielieferanten Extragewinne entstehen. Wie sollte dagegen eine Übergewinnsteuer aussehen, was soll sie bewirken?

Dies gilt nur für den Strommarkt. Hier entstehen »Wind-fall-Profits«, weil Erzeuger von regenerativer Energie sowie von Kohle- und Kernenergie höhere Strompreise bekommen, obwohl ihre Kosten überhaupt nicht angestiegen sind. Diese zusätzlichen Gewinne müssen (und werden wohl auch) abgeschöpft werden und für eine Strompreisbremse in Form von kostengünstigen Stromkontingenten genutzt werden. Auch hier gilt dann allerdings das zur »Preisdeckelung« Gesagte.

Finanzierung: Wirksame Entlastungsmaßnahmen erfordern direkte Geldzuschüsse, also Finanzmittel jetzt – (und nicht z.B. mögliche Steuerentlastungen für höhere Einkommen im nächsten Jahr oder staatliche Mehreinnahmen später). Also sind weitere Staatsschulden unvermeidlich. Was passiert dann mit der »Schuldenbremse«?

Die vorgesehenen 200 Milliarden Euro »Doppel-Wumms« sind – bei richtiger Verwendung – für den Inflationsausgleich bis 2024 voraussichtlich ausreichend. Hier wird nochmals – zu Recht – die Möglichkeit der Aussetzung der Schuldenbremse gezogen. Ab 2023 soll die Schuldenbremse wieder gelten (Null- Verschuldung für die Bundesländer, ca. 20 Mrd. für den Bund). Es gibt aber nicht nur Finanzierungsbedarfe für Corona, Inflation und den unsinnigen Aufrüstungsfonds. Der dringend erforderliche sozial-ökologische Umbau und der kommunale Investitionsstau von über 150 Mrd. Euro brauchen

Finanzmittel. Und die können nur über Steuererhöhungen – ich erwähne hier nur die Übergewinnsteuer und die Vermögen- und Erbschaftsteuer – und eine sinnvolle Kreditaufnahme für öffentliche Investitionen kommen. Vielleicht noch ein letzter Hinweis: Auch wir Linken haben häufig unbeabsichtigt einen »Germanyfirst«- Blickwinkel. Dabei will ich nicht einmal den globalen Süden ansprechen, sondern nur die Euro-Zone: Wir haben eine gemeinsame Währung und wenn Unternehmen in Deutschland geholfen wird, aber Konkurrenzunternehmen in Spanien, Italien oder den Niederlanden nicht, dann führt das zu Unmut wegen Wettbewerbsverschiebungen. Und natürlich muss nicht nur die deutsche Schuldenbremse, sondern der europäische Fiskalpakt reformiert werden.

Autorinnen und Autoren

Andreas Aust, Dr., ist Referent für Sozialpolitik in der Paritätische Forschungsstelle im Paritätischen Gesamtverband e.V. Sein Beitrag gibt seine persönliche Auffassung wieder.

Joachim Bischoff, Dr., ist Ökonom und Publizist, Mitherausgeber des Publikationsprojektes Sozialismus.de. Von 2009 bis 2011 war er Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Marius J. Brey hat Politikwissenschaften studiert und arbeitet für die Linksfraktion im Landtag Brandenburg als Referent für Analyse und Planung.

Christoph Butterwegge, Prof. Dr., ist Armutsforscher und Professor für Politikwissenschaft im Ruhestand an der Universität Köln und Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien.

Rudolf Hickel, Prof. Dr., ist Professor im Ruhestand für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen und einer der Mitbegründer der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandum-Gruppe).

Bernhard Müller ist Diplomsoziologe, Redakteur des Publikationsprojektes Sozialismus.de und Mitarbeiter des VSA: Verlags in Hamburg.

Norbert Reuter, Dr., ist habilitierter Ökonom, er leitet seit 2016 die tarifpolitische Grundsatzabteilung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Berlin und ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zu ökonomischen, sozialen und verteilungspolitischen Themen.

Joachim Rock, Dr., leitet die Abteilung Sozial- und Europapolitik im Paritätischen Gesamtverband e.V. Sein Beitrag gibt seine persönliche Auffassung wieder.

Mechthild Schrooten, Prof. Dr., ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen und Sprecherin der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandum-Gruppe).

Axel Troost (1954–2023) war bis 2017 für DIE LINKE Abgeordneter im Bundestag, danach als Senior Fellow bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und im Institut Solidarisches Moderne aktiv.

Eva Völpel arbeitet als Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Davor war sie Pressesprecherin für den ver.di-Bundesvorstand und Redakteurin der Tageszeitung die taz.